

Sitzung Nr. 8 vom 18. August 2009

<b>Vorsitz</b>	Boris Banga, Stadtpräsident
<b>Anwesend</b>	Alexander Kaufmann Urs Wirth Clivia Wullimann Remo Bill Daniel Trummer Aldo Bigolin Hubert Bläsi Reto Mosimann Renato Müller Ivo von Büren Marc Willemin Heinz Müller Andreas Kummer Thomas Marti
<b>Anwesend nur für Vereidigung</b>	Alfred Kilchenmann Anna Duca Eric von Schulthess Reto Gasser Richard Aschberger Sibylle Probst Markus Böhi
<b>Entschuldigt für Vereidigung</b>	Thomas Furrer
<b>Anwesend von Amtes wegen</b>	François Scheidegger, Stadtschreiber Claude Barbey, Stadtbaumeister Rudolf De Toffol, Finanzverwalter Anne-Catherine Schneeberger-Lutz (Protokoll)
<b>Dauer der Sitzung</b>	17.00 Uhr - 18.45 Uhr

**TRAKTANDEN** (2248 - 2258)

- |    |      |   |
|----|------|---|
| 1  | 2248 | Eröffnung der Amtsperiode 2009 - 2013: Vereidigung der Mitglieder und der Ersatzmitglieder des Gemeinderates                                |
| 2  | 2249 | Validierung der Gemeinderatswahlen vom 17. Mai 2009 für die neue Amtsdauer 2009 - 2013  |
| 3  |      | Protokoll der Sitzung Nr. 5 vom 19. Mai 2009  |
| 4  | 2250 | Beschlussfassung über die Anzahl der Ersatzmitglieder und Feststellung der Ersatzmitglieder des Gemeinderates für die Amtsdauer 2009 - 2013 |
| 5  | 2251 | Wahl der Gemeinderatskommission für die Amtsdauer 2009 - 2013   |
| 6  | 2252 | IR 610.561.29 / Solothurnstrasse Flankierende Massnahmen Ost: Kapellstrasse - Kreisel Neckarsulm / Nachtragskredit                          |
| 7  | 2253 | Finanzplan 2010 - 2014  |
| 8  | 2254 | Dringliche Interpellation Clivia Wullimann (SP): Pandemische Grippe H1N1  |
| 9  | 2255 | Interpellation Fraktion CVP: Strompreise in der Stadt Grenchen  |
| 10 | 2256 | Motion Fraktion CVP: Aufrechterhaltung BGU Linie 13, Rufbus   |
| 11 | 2257 | Postulat Fraktion SP: Einstellen Buslinie 13 nach Staad   |
| 12 | 2258 | Mitteilungen und Verschiedenes  |

- 0 -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 5 vom 19. Mai 2009 wird mit folgende Korrektur genehmigt:

**GRB 2221**
**Grenchen: Beitrag an Gesamtanierung des Parktheaters, Lindenstrasse 41**

Gemäss Finanzverwaltung beläuft sich der Beitrag des Kantons beläuft sich auf Fr. 192'297.00 (und nicht um 92'297.00).

**Gemeinderatssitzungen / Festlegung des Sitzungsbeginns:**

Stadtpräsident Boris Banga macht darauf aufmerksam, dass der Sitzungsbeginn für den Gemeinderat gemäss genehmigten Sitzungsplan 2009 bis Ende Jahr auf 17.00 Uhr festgesetzt ist. Für die GR-Sitzung vom 20. Oktober 2009 wird der Sitzungsplan 2010 traktandiert. Bei der Beratung besteht die Möglichkeit, entsprechende Anträge zu stellen.

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 8

vom 18. August 2009

Beschluss Nr. 2248

## **Eröffnung der Amtsperiode 2009 - 2013: Vereidigung der Mitglieder und der Ersatzmitglieder des Gemeinderates**

1. Vor der ersten Sitzung der Legislaturperiode 2009 - 2013 versammelt sich der Gemeinderat zu einer ökumenischen Feier in der Christ-katholischen Kirche. Der ökumenische Gottesdienst wird von Herrn Pfarrer Mario Tosin von der Römisch-katholischen Kirchengemeinde, Herrn Pfarrer Petr Vinč von der Christkatholischen Kirchengemeinde und Herrn Pfarrer Samuel Wendel von der Reformierten Kirchengemeinde gehalten.

Anschliessend begibt sich der Gemeinderat in den Gemeinderatssaal im Parktheater, wo die erste Sitzung durchgeführt wird.

2. Stadtpräsident Boris Banga hält zur Eröffnung der Amtsperiode 2009 - 2013 folgende Ansprache:

*Zur ersten Sitzung der neuen Legislaturperiode begrüsse ich die ordentlichen Gemeinderatsmitglieder und die Ersatzmitglieder, ebenso die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien recht herzlich.*

*Ich freue mich, mit Ihnen allen zusammenarbeiten zu können - dies im Interesse unserer Stadt, zum Wohl und zum Nutzen ihrer Bevölkerung.*

*Ich danke Herrn Pfarrer Mario Tosin von der Römisch-katholischen Kirchengemeinde, Herrn Pfarrer Petr Vinč von der Christ-katholischen Kirchengemeinde und Herrn Pfarrer Samuel Wendel von der Reformierten Kirchengemeinde für die Gestaltung der besinnlichen Eröffnung.*

*Ich schätze sowohl das Wirken unserer Kirchengemeinden, als auch die Zusammenarbeit mit ihnen sehr. Und das, was wir vorhin in der Kirche gehört haben, wollen wir mitnehmen in unsere Ratsarbeit. Lassen wir uns von diesen christlichen Gedanken leiten; sie sollen uns - neben Gesetzen, Verordnungen und Reglementen - wesentliche Richtschnur sein. Christlich handeln heisst, im Interesse aller Mitmenschen zu handeln, die in unserer Stadt und Region wohnen. Sie alle brauchen unsere Ratstätigkeit; Einzelinteressen und blosses Machtdenken haben heute in Anbetracht des Gemeinwohles keinen Platz mehr. Und umstrittene Entscheide, die halt nie zu umgehen sind, wollen wir einvernehmlich und in einer guten, in einer von christlichen Gedanken geprägten Atmosphäre besprechen.*

*Bevor wir zur Vereidigung schreiten, möchte ich Sie kurz in Ihr neues Amt einführen:*

*Der Gemeinderat ist das vollziehende und verwaltende Organ der Stadt Grenchen. Er vertritt die Gemeinde nach aussen.*

*Seine Befugnisse sind in der Gemeindeordnung enthalten. Den Ratsmitgliedern wird bis zur nächsten Sitzung, soweit sie noch nicht in deren Besitz sind, das Gemeindegesetz des Kantons Solothurn, die Gemeindeordnung und die Geschäftsordnung sowie weitere wichtige, relevante Rechtsgrundlagen ausgehändigt werden.*

*Der Gemeinderat beschliesst und wählt in allen Angelegenheiten, die nicht in der Gesetzgebung, in der Gemeindeordnung oder in anderen rechtssetzenden Gemeindefragmenten ausdrücklich einem anderen Organ übertragen sind.*

*Er hat insbesondere folgende Sachaufgaben wahrzunehmen:*

- *Vorbereitung der Geschäfte der Gemeindeversammlung*
- *Vornahme aller Wahlen, die nicht durch die Urne erfolgen oder einer anderen Gemeindebehörde vorbehalten sind*
- *Aufsicht über die gesamte Stadtverwaltung*
- *Erlass von Verwaltungsreglementen*
- *Erlass eines Reglements über Organisation und Zuständigkeiten sowie den Geschäftsverkehr innerhalb der Verwaltung*
- *Erlass eines Reglementes über die Ausrichtung von Sitzungsgeldern und Verdienstausschüttungen für die Teilnahme an Sitzungen von Behörden und an Delegationen im Auftrage der Behörden*
- *Erlass von Gebührenordnungen für die Benützung des öffentlichen Grund und Bodens, für die Benützung gemeindeeigener Liegenschaften und Einrichtungen sowie über Kanzleigebühren*
- *Entscheid über Aufsichtsbeschwerden*

*Und was ebenso wichtig ist: Der Gemeinderat hat folgende Finanzkompetenzen: Beschlussfassung über neue einmalige Ausgaben bis zum Betrage von 1 Mio. Franken, jährlich wiederkehrende Ausgaben bis 200'000 Franken.*

*Bewilligung von dringlichen Nachtragskrediten im Sinne von § 146 des Gemeindegesetzes von mehr als 1 Mio. Franken für einmalige und mehr als 200'000 Franken für jährlich wiederkehrende Ausgaben, sofern die Mehrausgabe nicht voraussehbar war, notwendig und unaufschiebbar ist; unter nachheriger Orientierung der Gemeindeversammlung.*

*Im Gegensatz zu früher gelangen die Geschäfte direkt an den Rat. Der Stadtpräsident oder der Gemeinderat können aber die Geschäfte von einzelnen Mitgliedern oder Kommissionen vorberaten lassen. Es können auch einzelne Mitglieder des Gemeinderates als ReferentInnen eingesetzt werden. Mitglieder des Gemeinderates, die als ReferentInnen eingesetzt sind, sind berechtigt, an den Sitzungen der Kommissionen mit beratender Stimme teilzunehmen.*

*Mit der Annahme der Wahl bzw. des Amtes haben wir uns zu verpflichten, nur für das Gemeinwohl der Gemeinde einzutreten und keine Sonderinteressen zu beachten. Das Gelöbnis, das heute abzulegen ist, muss für Sie alle während der ganzen Amtsperiode Leitstern sein und immer wieder daran erinnern, dass Sie nur zum Wohle der Allgemeinheit zu amten haben.*

*Der Wahlkampf ist vorbei. Er ist meines Erachtens mehr oder weniger sachlich und auf einem Niveau geführt worden, das keine grossen Gräben aufreissen liess.*

*So können wir heute alle gemeinsam, sozusagen unbelastet, die uns erwartenden Aufgaben – und es sind derer viele und wichtige wie auch komplexe – in Angriff nehmen. Die Stärkung des wirtschaftlichen Fundamentes, die Korrektur von Monostrukturen, die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die weitere Attraktivierung unseres Zentrums sowie das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben sind gleichermassen schützenswert und erfordern auch künftig unseren gesamten, uneigennütigen und zielgerichteten Einsatz. Ich möchte hier keine Aufzählung machen und der Einfachheit halber auf unseren Business-Plan 2007-15 und den entsprechenden Aktionsplan verweisen.*

*Erlauben Sie mir noch einige Feststellungen zu den Finanzen, welche uns sicherlich auch die kommenden vier Jahre beschäftigen werden.*

*Dank der ausserordentlich guten Rechnungsergebnisse der Jahre 2005 - 2008 konnte die Nettoverschuldung von 15,132 Mio. Franken in ein Nettovermögen von 13,429 Mio. Franken verwandelt werden (Nettoverschuldung pro Kopf von 939 Franken auf ein Nettovermögen pro Kopf von 825 Franken). Zur Erinnerung sei ebenfalls festgehalten, dass die Nettoverschuldung vor 10 Jahren (1999) noch rund 32 Mio. Franken oder noch Fr. 2'000.-- pro Kopf betragen hat.*

*In den letzten fünf Jahren wurde ein durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad von 226% erzielt, d.h. nebst dem Abbau der Nettoverschuldung konnten auch die getätigten Nettoinvestitionen von rund 30 Mio. Franken vollständig selber finanziert werden.*

*Diese erfreuliche Entwicklung der letzten Jahre wirkt sich zwangsläufig auch bei allen anderen Kennzahlen sehr positiv aus.*

*Weniger erfreulich sind derzeit die Zukunftsaussichten. Die wirtschaftliche Situation hat sich beinahe Schlag auf Schlag dramatisch verschlechtert. Die Weltwirtschaft steckt in einer schweren Krise, deren Ausmass und Dauer nicht abzuschätzen sind. Und zwangsläufig werden sich geringere Steuererträge und höhere Ausgaben - insbesondere bei der gesetzlichen Sozialhilfe - negativ auf die Gemeindefinanzen auswirken.*

*Zum Glück dürfen wir in dieser unfreundlichen Situation feststellen, dass diese wenig optimistischen Aussichten die Stadt in einer finanziell starken Position treffen. Dank der verantwortungsvollen und vorausschauenden Finanzpolitik der letzten Jahre haben wir ein angemessenes Eigenkapital, welches zumindest vorübergehend für die Abdeckung allfälliger Defizite sowie zur Sicherstellung einer gewissen Kontinuität beim Steuerfuss zur Verfügung steht.*

*Grenchen ist eine Stadt, die sich stark zum positiven verändert hat. Wir haben es bisher geschafft, nicht nur unsere Infrastruktur zu erhalten oder zu sanieren, sondern wir haben sie gleichzeitig verbessert und aufgewertet.*

*Unser Wohn- und Arbeitsort beginnt dadurch wieder attraktiver zu werden. Dieser eingeleitete Prozess, der auch ausserhalb Grenchens positiv wahrgenommen wird, muss nun mit voller Kraft weiter geführt, und er darf jetzt, wo die ersten Früchte geerntet werden können, nicht gestoppt werden.*

*Trotz immer neuen gesellschaftlichen Aufgaben und Herausforderungen haben wir es zusätzlich geschafft, uns zu verbessern. Dies geht jedoch nur, wenn wir gemeinsam arbeiten und uns nicht mit politischen Winkelzügen und Machtspielen blockieren.*

*Es gibt Gemeinden oder Städte die bewirtschaften nur die Gegenwart; wir schauen dabei auch in die Zukunft, somit werden wir besser!*

*Einige weitere Schwerpunkte werden sein:*

- *Gestaltung Bahnhof Süd und Busumsteigeplatz*
- *Sportstätten-Planung, ev. mit Stadthalle und Kunstrasenfeld*
- *Doppelturnhalle / Schulschwimmhalle, Sanierung Badewasseraufbereitung und Haustechnik*
- *Innensanierung Turnhalle Nordbahnhof*
- *Stärkung der Identifikation des Bürgers, der Bürgerin mit seinem/ihrem Wohnort. Wir laufen sonst Gefahr, dass sich der/die BürgerIn immer mehr abmelden und sich zu wenig engagieren.*

*Vergessen Sie bei der Arbeit nie, dass Ihr politischer Konkurrent, Ihre Konkurrentin ein Mensch ist, der ebenfalls im Interesse des Gemeinwohls das Beste will – begegnen Sie ihm deshalb mit Achtung und Respekt.*

*Die Arbeit für das Gesamtwohl und im Gesamtinteresse des Volkes erfordert es, dass Eigennutz und Selbstherrlichkeit zurückzustellen sind. Es ist verständlich, dass wir Entscheide nicht immer mit Einstimmigkeit treffen werden; demokratisches Verständnis wird deshalb auch künftig von allen gefordert sein.*

*Unsere Welt ist wirtschaftlich zerrissen und politisch gespalten. Unruhen und Konflikt-herde da und dort. Auch heute, wo wir uns hoch zivilisiert glauben, schweigen in vielen Gebieten die Waffen nicht. Man glaubt, nur damit Entscheide herbeiführen zu können.*

*Solches Tun ist aber nicht entscheiden, handeln und verhandeln; solches Tun ist Macht durchsetzen, anderen seine Meinung und seine Haltung aufzwingen. Und ein solches Vorgehen ist zu verabscheuen.*

*Hüten wir uns auch in unserem gegenüber der grossen Welt doch recht kleinen kommunalen Kreis davor, Macht um jeden Preis durchzusetzen; hüten wir uns davor, unsere Haltung und Auffassung in jedem Fall und immer allen aufzwingen zu wollen.*

*Wir müssen viel mehr nach gemeinsamen Wegen, nach Lösungen suchen, denen sich alle einigermassen anschliessen können. Gerade die heutige Zeit erfordert Mut, erfordert Zuversicht, erfordert gemeinsames Vorgehen für ein gemeinsames Ziel: Wir wollen unserer Bevölkerung eine Stadt ermöglichen, in der es sich gut leben lässt. Nicht Luxus, nicht Perfektion sind angebracht, sondern gute und solide Verhältnisse, die allen zum Wohl gereichen.*

*Wir kommen nun zum Amtsgelöbnis.*

*Nach § 116 des Gemeindegesetzes nimmt der Vorsteher oder die Vorsteherin des Oberamtes den Gemeindepräsidenten und Gemeindepräsidentinnen, diese danach den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Behörden sowie den Beamten und Beamtinnen das Amtsgelöbnis ab. Die Amtstätigkeit darf erst aufgenommen werden, wenn das Amtsgelöbnis abgelegt ist.*

*In der Praxis wird der Sinn des Amtsgelöbnisses oft bezweifelt. Neben der formalgesetzlichen hat das Amtsgelöbnis aber noch eine historische und eine sachliche Grundlage:*

*Historisch gesehen war das Gelübde, das Gelöbniß oder der Eid die Verpflichtung des eingesetzten Stelleninhabers, dem Lehens- oder Dienstherrn - oftmals verbunden mit absolutem Gehorsam - treu zu dienen. Im Kanton Solothurn lässt sich das eigentliche Amtsgelübde bis ins Ancien régime zurückverfolgen.*

*Es war zweigeteilt: einerseits in die beschriebene Treueverpflichtung gegenüber der Obrigkeit, andererseits in eine Aufzählung individueller Aufgaben (Pflichtenheft), die der Stelleninhaber zu erfüllen hatte. Auch heute noch bestehen im Gemeinwesen Pflichtenhefte - oder moderner ausgedrückt - Funktionsbeschreibungen; noch heute wird der Beamte oder die Beamtin mit einseitigem Verfügungsakt eingesetzt - oder, moderner ausgedrückt - gewählt.*

*Damit fehlt im öffentlich-rechtlichen Beamtenverhältnis aber die ausdrückliche Treueverpflichtung des Stelleninhabers oder der Stelleninhaberin, wie sie im Privatrecht vertraglich festgelegt wird. Das Amtsgelöbniß füllt - wie seit jeher - diese Lücke.*

*Ich lese Ihnen das Amtsgelöbniß vor:*

***Ich gelobe, Verfassung und Gesetze zu beachten, meine Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen, alles zu tun, was das Wohl unseres Staatswesens fördert und alles zu unterlassen, was ihm schadet.***

*Ich darf Sie nun bitten, nach Aufruf (Stadtschreiber hat Namensliste) sich einzeln von den Sitzen zu erheben und mir nachzusprechen: "Ich gelobe es"*

Folgende Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Ersatzgemeinderätinnen und Ersatzgemeinderäte legen das Gelöbniß ab:

SP Ordentliche Mitglieder

Kaufmann Alex

Trummer Daniel

Wirth Urs

Wullimann Clivia

Bill Remo

SP Ersatzmitglieder

Duca Anna

Kilchenmann Alfred

FdP Ordentliche Mitglieder

Bigolin Aldo

Bläsi Hubert

Müller Renato

Mosimann Reto

FdP Ersatzmitglieder

von Schulthess Eric  
Gasser Reto

SVP Ordentliche Mitglieder

von Büren Ivo  
Müller Heinz  
Willemin Marc

SVP Ersatzmitglieder

Aschberger Richard  
Probst Sibylle

CVP Ordentliche Mitglieder

Marti Thomas  
Kummer Andreas

CVP Ersatzmitglied

Böhi Markus

3. Folgendes Mitglied des Gemeinderates hat das Gelöbnis noch abzulegen:

SP Ersatzmitglied

Furrer Beyeler Thomas

4. Furrer Beyeler Thomas, Ersatzmitglied, wird separat vereidigt.

Oberamt Solothurn-Lebern  
Behördenverzeichnis  
Stadtpräsidium

0.1.2 / acs

# **Stadt Grenchen**

---

*Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates*

*Sitzung Nr. 8*

*vom 18. August 2009*

*Beschluss Nr. 2249*

## **Validierung der Gemeinderatswahlen vom 17. Mai 2009 für die neue Amtsdauer 2009 - 2013**

Vorlage: KZL/03.08.2009

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Stadtschreiber François Scheidegger ausführt, wurde der Gemeinderat der Stadt Grenchen am 17. Mai 2009 für die Amtsdauer 2009 -2013 neu gewählt.
- 1.2. Das Wahlergebnis wurde im Grenchner Stadtanzeiger vom 21. Mai 2009 publiziert, es ist keine Beschwerde eingegangen.
- 1.3. Gemäss § 119 lit. d des Gesetzes über die politischen Rechte ist der Gemeinderat für die Validierung der Gemeindewahlen zuständig. Diese Kompetenz wurde an die Gemeinderatskommission delegiert (GRB 47/25.02.1997).
- 1.4. Da die neue Gemeinderatskommission noch nicht konstituiert ist, hat der Gemeinderat an seiner ersten Sitzung die Validierung selbst vorzunehmen.

### 2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4. Beschluss

- 4.1. Von den Ergebnissen der Gesamterneuerungswahlen des Gemeinderates der Stadt Grenchen für die Amtsperiode 2009 - 2013 vom 17. Mai 2009, publiziert im Grenchner Stadtanzeiger vom 21. Mai 2009, wird Kenntnis genommen und das Protokoll genehmigt.
- 4.2. Die Gemeinderatswahlen vom 17. Mai 2009 werden validiert.

**Vollzug:** KZL

Beilage: Ergebnis der Wahl des Einwohnergemeinderates der Stadt Grenchen vom 17.05.2009

Oberamt Region Solothurn  
Ortsparteien SP, FdP, SVP, CVP  
w

0.1.3 / acs

# **Stadt Grenchen**

---

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 8

vom 18. August 2009

Beschluss Nr. 2250

## **Beschlussfassung über die Anzahl der Ersatzmitglieder / Feststellung der Ersatzmitglieder des Gemeinderates für die Amtsdauer 2009 - 2013**

Vorlage: KZL/03.08.2009

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Wie Stadtschreiber François Scheidegger ausführt, bestimmt § 68 des Gemeindegesetzes vom 16. Februar 2005:

<sup>1</sup> Die nicht gewählten Kandidaten und Kandidatinnen einer Liste sind in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahl Ersatzmitglieder.

<sup>2</sup> Der Gemeinderat bestimmt nach den Erneuerungswahlen die Anzahl der Ersatzmitglieder jeder Liste.

<sup>3</sup> Die Ersatzmitglieder amten, wenn die Gemeinderatsmitglieder verhindert sind oder wenn Ausstandsgründe vorliegen.

<sup>4</sup> Sie rücken nach, wenn während der Amtsperiode ein Gemeinderatssitz frei wird.

- 1.2. Gemäss § 33 Abs. 2 der Gemeindeordnung vom 16. Februar 1993 bestimmt der Gemeinderat nach der Erneuerungswahl die Anzahl der Ersatzmitglieder jeder Liste.

### 1.3. Festlegung der Anzahl Ersatzmitglieder

- 1.3.1. Im Sinne eines Grundsatzbeschlusses hat der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 8. Juni 1999 eine Beschränkung der Ersatzmitglieder auf 1 - 2 Personen beschlossen (GRB 906/08.06.1999). Es gibt indessen keine Selbstbindung des Gemeinderates; dieser ist frei, für die Amtsperiode 2009 - 2013 eine andere Regelung zu treffen.

- 1.3.2. Anlässlich der Parteiengespräche vom 18. Mai 2009 haben sich die anwesenden Vertreter aufgrund der Fraktionsstärken auf folgenden Lösungsvorschlag geeinigt:

SP-Fraktion:	3 Ersatzleute
FdP-Fraktion	2 Ersatzleute
SVP-Fraktion	2 Ersatzleute
CVP-Fraktion	1 Ersatz

#### 1.4. Feststellung der Ersatzmitglieder

1.4.1 Gestützt auf § 68 Abs. 1 des Gemeindegesetzes, das Wahlergebnis und die Ausführungen unter Ziff. 21 und 22 wären damit folgende Personen als Ersatzmitglieder des Gemeinderates zu bestätigen:

SP-Fraktion:	Anna Duca, Thomas Furrer-Beyeler, Alfred Kilchenmann
FdP-Fraktion	Eric von Schulthess, Reto Gasser
SVP-Fraktion	Richard Aschberger, Sibylle Probst
CVP-Fraktion	Markus Böhi-Roth

1.4.2 Zuhanden des Gemeinderates sind keine schriftlichen Verzichtserklärungen eingegangen.

1.4.3 Damit sind folgende Ersatzmitglieder des Gemeinderates zu bestätigen:

SP-Fraktion:	Anna Duca (1. Ersatz), Thomas Furrer-Beyeler (2. Ersatz), Alfred Kilchenmann (3. Ersatz)
FdP-Fraktion:	Eric von Schulthess (1. Ersatz), Reto Gasser (2. Ersatz)
SVP-Fraktion:	Richard Aschberger (1. Ersatz), Sibylle Probst (2. Ersatz)
CVP-Fraktion:	Markus Böhi-Roth

#### 1.5. Allgemeine Hinweise

1.5.1 Die Ersatzleute werden von der Stadtkanzlei mit den gleichen Unterlagen bedient wie die ordentlichen Ratsmitglieder.

1.5.2 Für die Einladung der Ersatzleute zu den Gemeinderatssitzungen sind die Fraktionen verantwortlich, wobei die Reihenfolge 1., 2. oder 3. Ersatz zu beachten ist (§ 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Grenchen vom 23. Oktober 2001).

#### 2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

#### 3. Detailberatung

3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

#### 4. Beschluss

4.1. Für die Amtsperiode 2009 - 2013 wird die Anzahl der Ersatzmitglieder des Gemeinderates festgelegt wie folgt:

SP-Fraktion: 3 Ersatzleute

FdP-Fraktion 2 Ersatzleute

SVP-Fraktion 2 Ersatzleute

CVP-Fraktion 1 Ersatz

4.2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass dem Gemeinderat für die Amtsperiode 2009 - 2013 folgende Ersatzmitglieder angehören:

SP-Fraktion: Anna Duca (1. Ersatz), Thomas Furrer-Beyeler (2. Ersatz), Alfred Kilchenmann (3. Ersatz)

FdP-Fraktion: Eric von Schulthess (1. Ersatz), Reto Gasser (2. Ersatz)

SVP-Fraktion: Richard Aschberger (1. Ersatz), Sibylle Probst (2. Ersatz)

CVP-Fraktion: Markus Böhi-Roth

**Vollzug:** Fraktionen, KZL

Oberamt Region Solothurn  
Ortsparteien SP, FdP, SVP, CVP  
KZL (Behördenverzeichnis)

0.1.2 / acs

## Wahl der Gemeinderatskommission für die Amtsdauer 2009 - 2013

Vorlage: KZL/03.08.2009

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. § 36 der Gemeindeordnung bestimmt:

<sup>1</sup> Die Gemeinderatskommission zählt 5 Mitglieder

<sup>2</sup> Der Stadtpräsident oder die Stadtpräsidentin und der Vizestadtpräsident oder die Vizestadtpräsidentin gehören der Gemeinderatskommission von Amtes wegen an.

<sup>3</sup> Der Gemeinderat wählt aus seiner Mitte die übrigen Mitglieder und für jede in der Gemeinderatskommission vertretene Partei ein Ersatzmitglied

<sup>4</sup> Bei der Wahl sind die im Gemeinderat vertretenen Parteien angemessen zu berücksichtigen.

1.2. Bei den Wahlen in die Gemeinderatskommission handelt es sich um Majorzwahlen. Praxisgemäss setzt sich die Gemeinderatskommission nach einem freiwilligen Proporz zusammen. Bei fünf Sitzen ergibt die Proporzberechnung folgende Verteilung: SP 2, FdP 1, SVP 1 und CVP 1 Mandat.

1.3. Am 28. Juni 2009 (Beamtenwahlen) wurden gewählt:

Stadtpräsident:                    Banga Boris, SP

Vize-Stadtpräsident            Bläsi Hubert, FdP

1.4. Es sind damit die restlichen 3 Sitze der ordentlichen Mitglieder und 5 Ersatzmitglieder zu wählen. Die Parteien haben folgende Nominierungen eingereicht:

SP                    Wirth Urs

FdP                   Bigolin Aldo

SVP                   von Büren Ivo

CVP                   Kummer Andreas

- 1.5. Als Ersatzmitglieder wurden nominiert:
- |     |   |
|-----|---|
| SP  | Kaufmann Alex   |
| FdP | Bigolin Aldo, und falls der 2. Sitz an die FdP geht als Ersatz<br>Mosimann Reto |
| SVP | Müller Heinz  |
| CVP | Marti Thomas (falls Sitz an CVP fällt)  |
- 1.6. Bei den Ersatzmitgliedern ist zu bemerken, dass die Wählbarkeit als Ersatzmitglied nur für Kandidaten gegeben ist, deren Partei in der Gemeinderatskommission mit einem ordentlichen Mitglied vertreten ist.
- 1.7. Das Wahlverfahren richtet sich nach den §§ 30 ff. der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Grenchen vom 23. Oktober 2001.

## 2. Eintreten

- 2.1. Gemäss Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi haben, wie bereits von François Scheidegger erwähnt, Parteiengespräch stattgefunden, in den man sich über die verschiedenen Sitzverteilungen unterhalten hat. Dabei ist klar zum Ausdruck gekommen, dass seitens der GRK eine politisch breite Abstützung erwünscht ist. Eine breite Abstützung bedeutet auch, dass man Verantwortung übernehmen muss. Seitens CVP hat die FdP die Rückmeldung erhalten, dass man gerne dazu bereit wäre. So will die FdP den Worten Taten folgen lassen. Sie unternimmt keine politischen Winkelzüge, sondern sie zieht trotz möglicher Szenarien, die hätten umgesetzt werden können, um den Sitz durchzuboxen, in Absprache mit Aldo Bigolin seine Kandidatur zurück. Die FdP gibt den 2. ordentlichen Sitz frei und nominiert Aldo Bigolin als Ersatzmitglied der GRK.
- Eintreten wird beschlossen.

## 3 Wahl

- 3.1. Laut Stadtpräsident Boris Banga steht Aldo Bigolin demnach nicht mehr zur Wahl. Mit Urs Wirth, Ivo von Büren und Andreas Kummer stehen somit gleich viele Kandidaten zur Wahl, wie Sitze zu vergeben sind. Die Wahl kann somit gemäss § 30 der Geschäftsordnung des Gemeinderates offen erfolgen. Er schlägt dem Gemeinderat vor, die Kandidaten in globo und nicht einzeln zu wählen. Er erkundigt sich, ob der Gemeinderat mit diesem Vorgehen einverstanden ist oder ob gibt es noch Saalnominationen?
- 3.2. Bei den Ersatzmitgliedern stehen nun zur Wahl: Alex Kaufmann SP, Aldo Bigolin FdP, Heinz Müller SVP und Thomas Marti, CVP. Auch hier können wir in globo wählen. Gibt es dazu Bemerkungen oder andere Nominationen?
- 3.3. Für die Amtsdauer 2009 - 2013 werden folgende drei ordentlichen Mitglieder offen und in globo gewählt.
- Wirth Urs (SP)  
von Büren Ivo (SVP)  
Kummer Andreas (CVP)
- 3.4. Für die Amtsdauer 2009 - 2013 werden folgende vier Ersatzmitglieder offen und in globo gewählt.

Kaufmann Alexander (SP)  
Müller Heinz (SVP)  
Bigolin Aldo (FdP)  
Marti Thomas (CVP)

4 Wahlfeststellung

4.1. Die Gemeinderatskommission wird für die Amtsperiode 2009 - 2013 in folgender Zusammensetzung bestellt:

SP  
Banga Boris  
Wirth Urs  
Ersatz: Kaufmann Alexander

FdP  
Bläsi Hubert  
Ersatz: Bigolin Aldo

SVP  
von Büren Ivo  
Ersatz: Müller Heinz

CVP  
Kummer Andreas  
Ersatz: Marti Thomas

**Vollzug:** KZL

Oberamt Region Solothurn  
Ortsparteien SP, FdP, SVP, CVP  
GRK-Mitglieder  
Behördenverzeichnis

0.1.8 / acs

## IR 610.561.29 / Solothurnstrasse Flankierende Massnahmen Ost: Kapellstrasse - Kreisel Neckarsulm / Nachtragskredit

Vorlage: BAPLUKB 52/06.07.2009

### 1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss Stadtbaumeister Claude Barbey wurde mit BAPLUKB 56/03.07.2006 für das Objekt Solothurnstrasse Flankierende Massnahmen Ost im Rahmen der Investitionsrechnung 2007 ein Gemeindebeitrag von insgesamt Fr. 530'000.00 bewilligt. Die flankierenden Massnahmen im Bereich der Solothurnstrasse beinhalten die Neugestaltung der Solothurnstrasse zwischen der Kapellstrasse und dem Kreisel Neckarsulm. Basierend auf das ausgearbeitete Ausführungsprojekt und den entsprechenden Submissionsunterlagen wurden die Bauarbeiten dieses Objektes durch das Kantonale Amt für Verkehr und Tiefbau AVT öffentlich ausgeschrieben.
- 1.2. Gestützt auf die abschliessenden Bauarbeiten zeigt sich nun, dass sowohl der beantragte Gesamtkredit als auch der budgetierte Gemeindebeitrag für die vorgesehenen Ausbauarbeiten nicht ausreichen werden. Entsprechend BAPLUKB 38/28.04.2009 wurde für die schlechte Strassenentwässerung bereits ein Nachtragskredit gestellt, welcher in der folgenden Zusammenstellung nochmals aufgeführt wird. Aufgrund zusätzlicher, zum Zeitpunkt der Arbeitsvergabe noch nicht bekannter Arbeiten, hat der Bauherr AVT bei der ARGE FLAMA Solothurnstrasse noch diverse Zusatzleistungen bestellt.

Diese umfassen folgende vier Nachtragsofferten:

#### Nachtragsofferte Nr. 1:

Absperrpoller Bereich Coop Tankstelle, zur Verbesserung der Sicherheit für den Langsamverkehr	Fr.	25'451.60
---	-----	-----------

#### Nachtragsofferte Nr. 2:

Anpassungen für behindertengerechte Verkehrsinseln	Fr.	11'559.40
--	-----	-----------

#### Nachtragsofferte Nr. 3:

Zusätzliche Leistungen:

- Ersatz der bestehenden Strassenentwässerungsanlage
- Mehraufwand Belagsarbeiten infolge Rissanierungen (Winter 08/09), Grössere Fräsarbeiten bei Einmündungsbereichen, Stärkere Belagsdicke wegen Spurrillen
- Ersatz Randabschlüsse infolge Belastung aus Verkehrsumleitungen

Total Mehrleistungen:	ca. Fr. 700'000.00
Wegfallende Leistungen:	
- Kulturerdarbeiten und Transporte	
- Wegfall Rodungsarbeiten	
Total Minderleistungen:	ca. Fr. 230'000.00
Total Nachtragsofferte Nr. 3	Fr. 468'248.90
Nachtragsofferte Nr. 4	
Teuerung gemäss PKI ab 1. Januar 2008 bis Bauvollendung (2009)	Fr. 87'613.50
Gesamttotal Nachtragsofferten Nr. 1-4 (exkl. MWSt.)	Fr. 592'873.40
1.3.	Das Ausführungsprojekt wurde auf alle zu verantwortenden Projektoptimierungen und Kostenreduktionen eingehend überprüft und optimiert. Trotz der vorgenommenen Reduktionen übersteigt der aufgrund der neuen Gegebenheiten zu erwartende Gemeindebeitrag den budgetierten städtischen Beitrag an die Ausbaurkosten. Aufgrund der vorstehend erwähnten Mehrleistungen wird für dieses Objekt ein entsprechender Nachtragskredit beantragt.
1.4.	Nachtragskredit
1.4.1	Objektkosten Objekt flankierende Massnahmen Solothurn Ost
	Das Ingenieurbüro BSB Partner rechnet auf der Grundlage der Nachtragsofferten gemäss Ziffer 1.2 neu mit Gesamtaufwendungen in der Höhe von insgesamt Fr. 2'510'000.00. Die ermittelten Kosten beinhalten auch alle Aufwendungen für die öffentliche Beleuchtung, die Gestaltung sowie die Ausstattung im Bereich dieses Teilabschnittes. Basierend auf den vorstehend aufgeführten Gesamtaufwendungen ergibt sich nach Abzug des zu erwartenden Bundes- und Kantonsbeitrages neu ein Gemeindebeitrag in der Höhe von insgesamt Fr. 742'000.00.
	Gesamtobjektkosten Fr. 2'510'000.00
	Bundesbeitrag Fr. 949'000.00
	Kantonsbeitrag <u>Fr. 819'000.00</u>
	Gemeindebeitrag Stadt Grenchen Fr. 742'000.00
1.4.2	Kreditsituation Flankierende Massnahmen Solothurnstrasse Ost
	Bereits bewilligter Kredit IR Budget 2006 für Projekt Fr. 25'000.00
	Rubrik 610.561.29, Budgetkredit IR 2007 Fr. 505'000.00
	Nachtragskredit BABLUK 38/28.04.2008 <u>Fr. 70'000.00</u>
	Total bewilligte Kredite <u>Fr. 600'000.00.</u>
	Gesamtkosten Gemeindebeitrag gemäss Nachtragsofferten <u>Fr. 742'000.00</u>
	Fehlbetrag (Nachtragskredit Rubrik 610.561.29) <u>Fr. 142'000.00</u>

- 1.5. Begründung
- 1.5.1 Aufgrund zusätzlicher, zum Zeitpunkt der Arbeitsvergabe noch nicht bekannter Arbeiten, hat der Bauherr, das Amt für Verkehr und Tiefbau AVT, bei der ARGE FLAMA Solothurnstrasse diverse unumgängliche Zusatzleistungen gemäss Ziffer 1.2 bestellt.
- 1.5.2 Das vorliegende Ausführungsprojekt FLAMA Solothurnstrasse wurde im Detail auf alle zu verantwortenden Projektoptimierungen und Kostenreduktionen eingehend überprüft. In der Folge hat sich aber gezeigt, dass der überarbeitete Kostenvoranschlag bereits sehr optimiert wurde. Aufgrund der heutigen Erkenntnisse muss festgestellt werden, dass der Kostenvoranschlag aus Spargründen zu sehr optimiert wurde. Nach Abschluss der Haupt-Bauarbeiten hat sich nun gezeigt, dass diverse Sparoptimierungen doch zu optimistisch waren. Einige Kosteneinsparungen standen nicht im Konsens mit der zu erwartenden Gebrauchstauglichkeit an eine solche Strasse. Aufgrund dieser sorgfältig ausgearbeiteten Analysen reichen sowohl der vom Kantonalen Amt für Verkehr und Tiefbau beantragte Gesamtkredit wie auch der von der Gemeindeversammlung der Stadt Grenchen bewilligte Gemeindebeitrag und auch der bewilligte Nachtragskredit vom 20. Mai 2008 nicht aus.
- 1.5.3 Aufgrund der bereits umgesetzten Teilabschnitte der Flankierenden Massnahmen hat allerdings die Stadt Grenchen seit Beginn der Flankierenden Massnahmen im Jahr 2002 bis 2007, sowohl von den teilweise tieferen Gemeindebeitragssätzen, als auch von sehr günstigen Unternehmerangeboten grösstenteils profitiert. Im Weiteren sind die Gemeindebeiträge der bis zum heutigen Zeitpunkt abgerechneten Objekte der Flankierenden Massnahmen bisher insgesamt rund Fr. 200'000.00 tiefer als budgetiert ausgefallen.
- 1.5.4 Aus den vorgenannten Gründen wird für das Objekt Flankierende Massnahmen Solothurnstrasse Ost ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 142'000.00 beantragt. Die Finanzierung soll über die IR 2007 zulasten der Rubrik 610.561.29 erfolgen.
- 1.6. Obwohl der Bau-, Planungs- und Umweltkommission die genauen Details nicht bekannt sind, ist die Überschreitung in dieser Massivität ebenfalls nicht nachvollziehbar.
- 1.7. Stadtpräsident Boris Banga macht darauf aufmerksam, dass es sich aus juristischer Sicht nicht um einen Nachtragskredit, sondern um eine Kreditüberschreitung handelt. Die Stadt hat gar keine Wahl und muss bezahlen. Die Lehre, die man daraus ziehen kann, ist folgende: Je länger eine Baustelle dauert, desto teurer wird sie.
2. Eintreten
- 2.1. Gemäss Gemeinderat Heinz Müller wurde der Überbringer der schlechte Nachricht in früheren Zeiten geköpft oder sonst seines Lebens beraubt. Die SVP-Fraktion wird Claude Barbey zwar verschonen, möchte ihn aber dafür "missbrauchen", ihren Missmut dem Kanton weiterzuleiten. Wenn man sieht, was die Nachtragsofferten 1 und 2 beinhalten, geht er davon aus, dass dort stümperhaft gearbeitet wurde, da man eigentlich gewusst hat, dass beim Coop die Sicherheit für den Langsamverkehr zu verbessern ist. Er geht auch davon aus, dass die behindertengerechten Verkehrsinseln nicht plötzlich aus dem Nichts aufgetaucht sind, und man dort Geld ausgeben musste.

Einzig der Mehraufwand bei den Rissanierungen ist für die SVP nachvollziehbar, da diese Arbeiten notwendig und nicht voraussehbar waren. Beim Rest ist zumindest umstritten, ob man die Kosten nicht hätte voraussehen können. Die SVP wird das Gefühl nicht los, dass man einfach eine günstige Offerte vorgelegt resp. einen tieferen Kredit beantragt hat, damit das Geschäft durchkommt. Das ist grundsätzlich nicht falsch. Wenn es aber so aussieht, als hätte man die Gemeinde aufs Glatteis geführt, hinterlässt es doch ein wenig einen fahlen Nachgeschmack. Heinz Müller bittet Claude Barbey, den Missmut der SVP-Fraktion bei den Vertretern des Kantons anzubringen und ihnen zu bedenken zu geben, dass die Stadt Grenchen nicht so leichtsinnig ist, ihnen auf den Leim zu kriechen. Wie bereits erwähnt, kann der Gemeinderat gar nicht anders, als der Kreditüberschreitung zuzustimmen. Dies wird auch die SVP zähneknirschend tun.

- 2.2. Wie Gemeinderat Urs Wirth ausführt, bekundet auch die SP-Fraktion Mühe mit dieser Vorlage. Man wird mit der Kreditüberschreitung eines Projektes konfrontiert, welches nicht unbedingt mit der nötigen Fachkompetenz geplant worden ist. Es ist nicht das erste Mal, dass er so etwas beim Kantonalen Tiefbauamt feststellt. Sogar für die BAPLUK ist die Kostenüberschreitung nicht nachvollziehbar. Der Kanton unternimmt etwas, ohne genaue Details bekannt zu geben, und am Schluss wird man vor die Tatsache gestellt, dass es jetzt so viel mehr kostet. Gemäss Strassenbaugesetz muss sich die Gemeinde an den Kosten beteiligen. Man könnte wie bei der Passerelle ein Gerichtsverfahren durchziehen, was aber seiner Ansicht nach keine Chance hätte. Man könnte es auch über das ordentliche Budget 2010 abwickeln, dann würde einfach etwas anderes gestrichen. Dies ist nicht empfehlenswert. Die Stadt muss den Betrag bezahlen. Urs Wirth möchte aber Claude Barbey und die Baudirektion bitten, die ganz bestimmt keine Schuld an der Kostenüberschreitung tragen, dem Tiefbauamt den Missmut und das Erstaunen der Stadt Grenchen über ein solches Vorgehen in Form eines Briefes kund zu tun. Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage und wird ihr zähneknirschend zustimmen.
- 2.3. Gemeinderat Reto Mosimann erklärt, dass die FdP-Fraktion diese Vorlage mit Befremden zur Kenntnis nimmt. Er schliesst sich seinen Vorrednern an. Die FdP unterstützt die Anträge gemäss BAPLUK-Beschluss.
- 2.4. Für Gemeinderat Andreas Kummer ist klar, dass die Kreditüberschreitung unvermeidlich ist, nachdem die Arbeit geleistet worden ist. Die Stadt Grenchen wird zahlen müssen. Die Begründung ist für die CVP nicht einleuchtend und kann, wie in der Vorlage erwähnt, auch von der BAPLUK nicht nachvollzogen werden. Dies ist für die CVP unbefriedigend. Eine Begründung muss klar sein, da sie auch als Fehleranalyse für eine nächste Vorlage dienen soll. Auch wenn es wieder um Submissionsunterlagen geht, welche hier anscheinend nicht gut gewesen sind. Man sollte offen darlegen, was schief gelaufen ist. In diesem Sinne wird auch die CVP dieser Vorlage zustimmen. Wichtig für Andreas Kummer ist jetzt, dass eine Fehleranalyse vorgenommen wird und die entsprechenden Lehren daraus gezogen werden.
- 2.5. Boris Banga ist gerne bereit, zusammen mit der Baudirektion dem Kanton das Befremden der Stadt Grenchen in einem Schreiben mitzuteilen und ihn um mehr Aufklärung zu bitten.

- 2.6. Gemäss Gemeinderat Remo Bill, sind im Hochbau in der Regel bei Vertragsverhandlungen die Preise fest, bis der Bau vollendet ist. Dies gilt für Unternehmer und Planer. Er erkundigt sich, was der Vertrag mit dem Kanton vorsieht. Er hat heute den Zürcher Baukostenindex angeschaut, der zwar nicht ganz relevant für den Tiefbau ist, aber trotzdem als Parameter dienen kann. Er möchte gerne die Detailabklärung haben, wie sich die Teuerung Fr. 87'613.50 zusammensetzt. Nach Zürcher Baukostenindex, Stand Juli 2009, kann dies nicht stimmen.
- 2.7. Claude Barbey hat keine Information, wie sich die Teuerung zusammensetzt. Es ist Usanz, dass das Amt für Verkehr und Tiefbau des Kantons Solothurn die Teuerung aufrechnet. Etwas, was die Stadt Grenchen im Grunde nicht macht, ausser wenn man es speziell beschlossen hat. Beim Schulhaus Halden hat man so einen Index festgelegt. Claude Barbey kennt die Verträge des Kantons nicht. Er verfügt weder über Zahlen des Indexstandes noch weiss er, wie das Ganze berechnet wurde. Der Kanton hat Globalbudget und das Aufrechnen der Teuerung ist Usanz.
- 2.7.1 Zuhanden des Protokolls nimmt die Baudirektion wie folgt Stellung:  
 m Werkvertrag ist explizit festgehalten dass die Teuerung ab dem Stichtag 04.04.2007 (= 100%) aufgerechnet werden kann. Die Teuerungsrechnung wurde für jeden Bauabschnitt gemäss den effektiv geleisteten Arbeiten im entsprechenden Zeitraum errechnet. Der ZH Index der Tiefbauarbeiten beträgt per Ende 2008 118.1 %! Es ist ausserdem festzuhalten, dass es sich beim angemeldeten Nachtragskredit eine Prognose der Schlussrechnung handelt, welche sich aber in diesem Rahmen bewegen wird. Die Teuerung war in den letzten Jahren überdurchschnittlich.  
 Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

### 4. Beschluss

- 4.1. Von der vorstehenden Begründung der Creditsituation und den Begründungen wird Kenntnis genommen.
- 4.2. Für das Objekt Flankierende Massnahmen Solothurnstrasse Ost wird zulasten der Investitionsrechnung IR 2007, Rubrik 610.561.29, ein Nachtragskredit von Fr 142'000.00 bewilligt.

**Vollzug:** BD, FV

BAPLUK  
 BD  
 FV

6.1.1 / acs

**Finanzplan 2010 - 2014 (AFIP)**

Vorlage: FV/01.07.2009

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss Finanzverwalter Rudolf De Toffol wurde der Finanzplan wie alle Jahre im Sinne einer rollenden Planung überarbeitet. Die Überarbeitung erfolgte gestützt auf die Rechnung 2008 und das Budget 2009. Berücksichtigt wurden zudem die von den Abteilungen gemeldeten, absehbaren Veränderungen mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen. Er weist auf die Details im ausführlichen Bericht. Dieses Jahr war die Erstellung des Finanzplans mit viel mehr Unsicherheiten verbunden als dies in den letzten 10 Jahren der Fall war. Die Ursache ist klar: Seit dem letzten Finanzplan musste eine markante Verschlechterung der Wirtschaft zu Kenntnis genommen werden. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in dieser Zeit massiv verschlechtert, dies in einem Ausmass und Tempo, wie es auch Konjunkturexperten nicht vorausgesehen haben. Die Prognosen, die der Finanzverwaltung noch für den letzten Finanzplan zur Verfügung gestanden haben, waren kurz darauf schon Makulatur. Die Prognosen wurden praktisch von Monat zu Monat nach unten korrigiert. Diese Entwicklung hat zwangsläufig Auswirkungen auf den Finanzplan der Stadt Grenchen. Es ist deshalb kaum eine Überraschung, dass der Finanzplan um einiges schlechter ausfällt als letztes Jahr.
- 1.2. Zur Folie 1 "Ergebnisse Finanzplan 2010 - 2014" ist anzumerken, dass der letzte Finanzplan die Steuerreduktion um 2 Punkte noch nicht beinhaltet hat. Zusammengefasst beträgt der Bruttoüberschuss 12,4 Mio. Franken. Nach den Abschreibungen resultiert ein Ergebnis von minus 2,1 Mio. Franken. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich damit eine Verschlechterung von rund 12 Mio. Franken. Das ausgewiesene Defizit von 2,1 Mio. Franken ist nicht schön. Wenn man es allerdings in Relation zum Gesamtumsatz des Finanzplanes setzt, sind dies rund 0,5 Prozent. Bei den Investitionen sind wiederum jährliche Investitionsquote von 4 Mio. Franken für die ordentlichen Investitionen vorgesehen. Das sind die Investitionen, welche über die Steuern finanziert werden. Dazu kommen die Investitionen der Spezialfinanzierungen, insbesondere die Kanalisationen, welche über die Abwassergebühren finanziert sind. Aufgrund der Investitionsquote von 4 Mio. Franken pro Jahr (20 Mio. Franken über ganze Planperiode) mussten verschiedene Verschiebungen gegenüber dem Vorjahresplan vorgenommen werden (z.B. Bootshafen). Die erste Eingabe wies ordentliche Investitionen von rund 25 Mio. Franken auf. Baudirektion und Finanzverwaltung haben die ordentlichen Investitionen danach in Absprache auf ca. 21 Mio. Franken gekürzt. Verschiedene Korrekturen hat auch noch die Gemeinderatskommission vorgenommen.

Im Finanzplan sind Objekte aufgeführt, deren Prioritäten von den Fachabteilungen gesetzt worden sind. Selbstverständlich steht es der politischen Behörde frei, die Prioritäten anders zu setzen. Der Finanzierungs-Fehlbetrag beträgt 12,9 Mio. Franken anstelle von 0,9 Mio. Franken, was eine Verschlechterung von rund 12 Mio. Franken bedeutet. Das heisst, anstelle einer nahezu 100-Prozent-Finanzierung der Investitionen wird nur noch eine Selbstfinanzierung von 49 Prozent erreicht. Um diesen Betrag muss sich die Stadt zusätzlich verschulden. Ende 2009 kann ein Nettovermögen von rund 12 Mio. Franken ausgewiesen werden. Wenn der Plan so eintritt, beträgt die Nettoverschuldung am Ende der Finanzplanperiode wieder 1,1 Mio. Franken (siehe Folie 2 "Entwicklung der Netto-Verschuldung"). Dies würde immer noch eine sehr gute Finanzlage für die Stadt Grenchen bedeuten.

- 1.3. Nach dem neuen Rechnungsmodell wird ein Selbstfinanzierungsgrad von 70 bis 100 Prozent als volkswirtschaftlich vertretbar angesehen. Dies muss man natürlich auch über eine längere Phase betrachten. Grenchen hat in den guten Jahren einen Selbstfinanzierungsgrad von 240 Prozent erreicht. Sollte der Finanzplan mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 49 Prozent eintreten, hätte man immer noch einen Selbstfinanzierungsgrad über die ganze Periode oder über eine Periode von 12 Jahre, der über 100 Prozent liegt. Auf der Folie 3 "Ergebnisse Laufende Rechnung 1999 - 2014" wird deutlich, dass sich die durchschnittlichen 100 Prozent nicht gleichmässig auf die ganze Planperiode verteilen. Man sieht insbesondere, dass ab dem Jahr 2012 gemäss vorliegendem Finanzplan wieder Defizite zu verzeichnen sind. Er geht davon aus, dass die nächsten zwei, drei Jahren noch einigermaßen ausgeglichen gestaltet werden können. Die Ursachen für die gesamthaft doch deutlich schlechteren Ergebnisse (rund 12 Mio. Franken) sind nicht auf Mehrausgaben zurückzuführen, sondern ausschliesslich bei den Einnahmen (weniger Steuererträge) zu suchen.
- 1.4. Anhand der Folie 4 "Steuerertrag" erläutert Rudolf De Toffol, dass das Total im Durchschnitt um rund 2,5 bis 3 Mio. Franken schlechter als im Vorjahresplan ausfällt. Dies bedeutet, dass sich fast ausschliesslich die gegenüber dem Vorjahr gesamthaft um rund 12 Mio. Franken tiefer prognostizierten Steuererträge negativ auf das Ergebnis des vorliegenden Finanzplanes auswirken. Die guten Ergebnisse in den vergangenen Jahren hat die Stadt Grenchen in erster Linie den juristischen Personen zu verdanken, da die Weltwirtschaft glänzend lief. Hier hatte Grenchen eindeutig einen Vorteil gegenüber Gemeinden, deren Steuerertrag nicht so einen hohen Anteil an juristischen Personen aufweist. Dies hat jetzt zur Folge, dass man nun angesichts der schlechten Wirtschaftslage überdurchschnittlich viele Abstriche vornehmen muss. Es ist momentan sehr schwierig, Prognosen zum Steuerertrag der juristischen Personen aufzustellen. Rudolf De Toffol versucht jeweils, durch Rückfragen bei den wichtigsten Unternehmen in Grenchen etwas mehr Informationen zu erhalten. So wenig wie dieses Jahr hat er noch nie erfahren. Die Firmen wissen zum Teil selbst nicht, wie es herauskommt. Sie können Angaben bis Mitte Jahr machen, und die sind deutlich schlechter als im Vorjahr. Gerade in der Uhrenindustrie hofft man, dass das Weihnachtsgeschäft noch etwas ausmachen wird. Fragt man die Unternehmen, wie es nächstes und übernächstes Jahr aussehen wird, muss man schon gar keine Antwort erwarten. Es sind vor allem die Prognosen der juristischen Personen, welche den Finanzplan beeinflussen, d.h. die 2,5 bis 3 Mio. Franken, die pro Jahr weniger anfallen werden.

1.5. Dass das Ergebnis 2012 schlechter ausfällt, ist auf die Steuergesetzrevision zurückzuführen. Der erste Teil ist 2008 in Kraft getreten. Die ab dem Jahr 2012 vom Kanton vorgesehenen Steuererleichterungen wurden seinerzeit davon abhängig gemacht, dass die Staatsrechnung im Jahr 2010 ein Eigenkapital aufweist. Ob dies Ende 2010 zutreffen wird, kann Rudolf De Toffol zurzeit nicht sagen. Finanzdirektor Christian Wanner hat aber bereits in den letzten Wochen verkünden lassen, dass er an der Umsetzung der Steuergesetzrevision festhalten will. Es ist davon auszugehen, dass ab 2012 mit ca. 1,5 Mio. Franken (aufgeteilt auf juristische und natürliche Personen) weniger Steuerertrag zu rechnen sein wird und man ab diesem Zeitpunkt ein Defizit wird ausweisen müssen. Rudolf De Toffol hat mangels besserer Erkenntnis für die ganze Planperiode bei den juristischen Personen den gleichen Steuerertrag angenommen (15,3 Mio. Franken). Er geht davon aus, dass es bei den ca. 15 Mio. Franken bleiben wird, immer vorbehaltlich eines zukünftigen Aufschwunges. Das letzte definitive Ergebnis der juristischen Personen stammt aus dem Jahr 2007. Für das Jahr 2008 liegen zurzeit nur Schätzungen vor, erst im nächsten Frühjahr wird man Genaueres wissen. Im Jahr 2007 belief sich der Steuerertrag bei den juristischen Personen auf 21,3 Mio. Franken. Rudolf De Toffol rechnet etwa mit einem Einbruch von 30 Prozent gegenüber dem besten Ergebnis 2007. Erst kürzlich haben die Kantone verschiedene Prognosen veröffentlicht. Die Einbrüche bewegen sich bei allen zwischen 20 bis 40 Prozent. Die Stadt Grenchen hat in den guten Jahren nicht vom Erfolg der Banken profitieren können. Somit muss sie jetzt auch nicht den Einbruch hinnehmen, welcher beispielsweise der Kanton Zürich zu verkraften hat. Die Steuerprognose ist mit Unsicherheiten behaftet. Man muss sie laufend immer wieder überprüfen und neue Erkenntnisse einfließen lassen. Wie unsicher das Ganze bezüglich Entwicklung ist, lässt sich anhand von ein paar Zeitungsschlagzeilen an einem Wochenende ablesen:

- Samstag: Zuversicht bei Swatch. Swatch Group sieht rasche Erholung.
- Sonntag: Der Tiefpunkt ist erreicht (gemäss SECO). Zulieferindustrie sieht leichte Morgenröte.
- Montag: Die Krise lange nicht vorbei. Schweizer Wirtschaftsexperten warnen vor übertriebenen Hoffnungen

Anhand dieser Beispiele sieht man, wie problematisch die jetzige Situation ist. Dies ist bei der Beurteilung des Ergebnisses des Finanzplans zu berücksichtigen.

1.6. Zusammenfassend hält Rudolf De Toffol fest, dass die Ergebnisse deutlich schlechter als im Vorjahresplan ausfallen. Dies ist keine Überraschung. Es war ganz klar, dass man aufgrund der Wirtschaftslage von schlechteren Ergebnissen ausgehen musste. Die Frage nach der Dauer und dem Umfang der Krise kann im Moment nur schwer beantwortet werden oder praktisch gar nicht. Der Finanzplan bezieht sich zwangsläufig auf gewisse Annahmen. Er hat auf die grossen Unsicherheiten bereits hingewiesen, die dem Finanzplan eigen sind. Gestützt darauf bleibt der Stadt bei diesem Finanzplan nichts anderes übrig, als einmal mit diesen Zahlen zu fahren. Rudolf De Toffol hat bei diesem Finanzplan die Hoffnung, dass es besser als prognostiziert herauskommt. Er hegt aber auch noch eine zweite Hoffnung; nämlich die, dass sich die Finanzlage aufgrund der aktuellen Situation nicht noch verschlechtert.

- 1.7. Der Finanzplan wurde in der Gemeinderatskommission beraten. Es wurde diskutiert, ob man gestützt auf die schlechteren Ergebnisse Massnahmen ergreifen soll. Die Gemeinderatskommission einschliesslich der Finanzverwaltung sind einheilig der Ansicht, dass es falsch wäre, wenn die öffentliche Hand ausgerechnet jetzt Investitionen kürzen würde, und ein umfassendes Sparprogramm bei den bestehenden Unsicherheiten sicher noch verfrüht ist. Die Stadt Grenchen ist in den sehr guten Jahren nicht in Euphorie verfallen. Sie hat stets eine Finanzpolitik betrieben, bei der für die Zukunft vorgesorgt wurde und dennoch Steuersenkungen ermöglicht wurden. Trotz der vorliegenden Zahlen gibt es nach Auffassung von Rudolf De Toffol dennoch keinen Grund, in Panik zu verfallen. Wichtig ist aber, dass die wirtschaftliche Situation genau verfolgt und laufend geprüft wird, ob sich die Entwicklung ins Positive oder Negative verkehrt.
- 1.8. Stadtpräsident Boris Banga dankt Rudolf De Toffol für die Ausführungen.

## 2. Eintreten

- 2.1. Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi dankt Rudolf De Toffol im Namen der FdP-Fraktion für die akribische und fachlich fundierte Arbeit. Den Aussagen des Fachmanns und der Beurteilung der Gemeinderatskommission kann die FdP zustimmen. Wo der Gemeinderat Einfluss nehmen kann, ist bei der Investitionsrechnung resp. bei den vorgesehenen Investitionen. Hier sind die Prioritäten allenfalls neu zu setzen. Die FdP macht deshalb beliebt, das Geschäft heute in einer 1. Lesung zu behandeln, da Rat ca. ein Drittel neue Mitglieder zählt und die Gemeinderäte nur eine Woche Zeit hatten, um die Unterlagen zu studieren. Wird heute einer Verschiebung des Geschäfts zugestimmt, können die Fraktionen im ersten Gemeinderat im Oktober noch Strategien entwickeln und genauer ausloten, welche Verschiebungsmöglichkeiten es noch geben könnte. In diesem Sinne beantragt Hubert Bläsi, den Finanzplan in einer 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen, damit die Fraktionen mehr Zeit haben, die Priorisierung zu prüfen.
- 2.2. Gemäss Gemeinderat Heinz Müller sieht man mit dem vorliegenden Finanzplan schwierige und unsichere finanzielle Zukunft auf die Stadt Grenchen zukommen. Auch wenn nicht alle Zahlen als absolut gesichert gelten, müssen aus der heutigen Sicht und auf Blick der jetzigen Wirtschaftslage die Stadtfinanzen in den kommenden Jahren besonders im Auge behalten werden. Was meint die SVP damit? Wenn alle, und davon geht er aus, keine Freunde von Schulden und Steuererhöhungen sind, dann müssen die Ausgaben, die beeinflusst werden können, bei jeder Budgetierung immer wieder hinterfragt werden. Neue Ausgaben zu tätigen müsste bereits als Straftat geahndet werden. Bestehende Ausgaben zu hinterfragen, muss möglich sein, und Investitionen zu verschieben, darf kein Tabu darstellen. Auch wenn politische Kräfte eine Neuverschuldung in Krisenzeiten als akzeptabel hinnehmen wollen, ist eine Verschuldung der öffentlichen Hand in dieser Zeit der grösste Hemmschuh für die Volkswirtschaft. Wenn die öffentliche Hand, ohne sich zu verschulden, Investitionen tätigt die nötig sind, ist das absolut richtig. Die SVP unterstützt aus diesem Grund auch das im Finanzplan vorgesehene Investitionsvolumen von jährlich 4 Mio. Franken. Mehr zu investieren und dabei Schulden zu akzeptieren, dazu könnte die SVP jedoch nicht ja sagen. Eine grosse finanzpolitische Verantwortlichkeit kommt der Gemeinderatskommission zu. Da nun alle Parteien in dieser Kommission vertreten sind, befinden sich nun auch alle in der Verantwortung.

Wie weit diese Verantwortung an den Gemeinderat abgegeben werden sollte, ist noch Gegenstand einer fraktionsinternen Überprüfung. Sollte sich zeigen, dass mit einer Finanzdelegation in den Gemeinderat die Verantwortung breiter abgestützt werden kann, wird die SVP das mit einem Vorstoss in den Gemeinderat bringen. Gerne wiederholt Heinz Müller sein Zitat wieder einmal, das nicht nur für die öffentliche Hand gilt, sondern auch in der Wirtschaft und im privatem Bereich. *Die grössten finanziellen Sünden werden in den guten Zeiten begangen und wirken sich in schlechteren Zeiten verheerend aus!* Darum sollten alle im Gemeinderat in den kommenden Jahren unterscheiden, was eher Wunschbedarf und was wirklich nötig ist. Das braucht ab und zu auch eine grosse körperliche Leistung, nämlich dann, wenn man über den parteipolitischen Schatten springen muss. Die SVP-Fraktion hat sich darin bereits geübt mit einem Verzicht auf die Forderung nach einer weiteren Steuersenkung. Die hätte man politisch mit Kaufkraft-erhöhung und anderen Gründen auch rechtfertigen können. Aber nun gilt es, eine Neuverschuldung zu verhindern. Der Beitrag der SVP liegt darin, die Einnahmequelle nicht zu verringern, mit der Hoffnung, dass alle dazu bereit sind, im Gegenzug die Ausgaben nicht zu vergrössern, sondern im Gegenteil, die wirtschaftsbedingten Mindereinnahmen durch weniger Ausgaben befristet zu kompensieren. Die SVP unterstützt den Antrag der FdP, die Vorlage heute in einer 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen. Auch in einer 2. Lesung wird die SVP der jährlichen Investitionsquote von 4 Mio. Franken zustimmen.

- 2.3. Laut Gemeinderat Daniel Trummer soll ein Finanzplan einen denkbaren Blick in die Zukunft ermöglichen. "Denkbar" deshalb, weil mit keiner Berechnung irgendeine Zahl zuverlässig vorausgesagt werden kann. Dies ist der Grund, dass im vorliegenden Finanzplan von Schätzungen, Annahmen, Entwicklung und Unsicherheiten die Rede ist. Das ist nicht neu; diese Begriffe prägten schon die früheren Finanzpläne. Die SP ist überzeugt, dass die Finanzverwaltung diese Sorgfältigkeit bei der Annahme von Entwicklungen mit grossem Wissen und grosser Erfahrung beweist. An dieser Stelle einen Dank an die Mitwirkenden und Vordenker. Gemäss Gemeindegesetz und Gemeindeordnung hat der Gemeinderat periodisch einen Finanzplan zu beschliessen. Er geht in seiner Einschätzung nicht auf einzelne Punkte ein, weist aber darauf hin, dass bereits in der Gemeinderatskommission einzelne Investitionsbegehren hinausgeschoben wurden. Der Finanzplan geht von einem beachtlichen Finanzierungs-Fehlbetrag aus. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen sinkt über die ganze Planungsperiode auf noch 49 %. Gemäss Ziffer 3 sind verschiedene Mehrausgaben und Mindereinnahmen im Finanzplan noch nicht berücksichtigt. Der Finanzplan ist geprägt von ausserordentlich grossen Unsicherheiten. Die Gemeinderatskommission erachtet umfassende Sparmassnahmen bei den Konsumausgaben jedoch zurzeit als verfrüht. Die SP schliesst sich dieser Einschätzung an und wird, obwohl es ans Eingemachte geht, dem Finanzplan in dieser Form zustimmen. Seine Kolleginnen und Kollegen werden in der Detailberatung Fragen aufwerfen und allenfalls Anträge stellen. Die SP ist für Eintreten. Sie wird den Antrag der FdP nicht unterstützen, sondern ist dafür, dass der AFIP heute verabschiedet wird.
- 2.4. Für Gemeinderat Andreas Kummer ist der Finanzplan eine dicke Glaskugel, um zu schauen, was die Zukunft bringt. Es ist ein recht pessimistischer Blick gestützt auf die wirtschaftliche Realität. Der CVP ist aber lieber, dass man nach dem Vorsichtsprinzip "bilanziert". Er weist darauf hin, dass es sich um eine rollende Planung handelt, d.h. es kann nächstes Jahr schon ganz anders aussehen. Man sollte es deshalb recht flexibel handhaben, auch was Investitionen angeht.

Im Moment hat man seiner Meinung nach zu Recht sehr pessimistisch in die Zukunft gesehen; in Zeiten, in denen es wirtschaftlich schlecht läuft, muss das Gemeinwesen seine Kernaufgaben finanzieren können. Die Investitionsquote von 4 Mio. Franken, ist wie es Rudolf De Toffol erwähnt hat, nicht in Stein gemeisselt. Man kann die Prioritäten durchaus anders setzen. Sollte sich herausstellen, dass die Entwicklung positiver verläuft, als im Finanzplan prognostiziert, wäre die CVP durchaus bereit, über Investitionen, die ans Ende der Planperiode gerückt worden sind, wieder zu diskutieren. Die CVP kann mit dem vorliegenden Finanzplan gut leben und wird ihn heute so verabschieden.

2.5. Der Gemeinderat, so Rudolf De Toffol, kann selbstverständlich beschliessen, eine 1. Lesung durchzuführen, wenn er die Investitionen nochmals überprüfen möchte. Terminlich verhält es sich so, dass Mitte September das Budget 2009 an den Gruppenberatungen behandelt wird. Die Baudirektion geht bei ihren Investitionen für das Jahr 2010 vom Finanzplan aus. Wenn allerdings an der ordentlichen Gemeinderatssitzung vom 20. Oktober 2009 noch andere Wünsche angemeldet werden, stellt sich Frage, ob Projekte und Voranschläge innerhalb einer Woche für den Budget-Gemeinderat vom 27. Oktober 2009 erstellt werden können.

2.6. Stadtbaumeister Claude Barbey hat grosses Verständnis für das Anliegen der FdP. Allerdings hätte man die 1. Lesung vor den Sommerferien durchführen sollen. Dann wäre es leichter gewesen, auf die Wünsche des Gemeinderates zu reagieren und gewisse Massnahmen zu stoppen, vorzuzschieben oder zurückzustellen. Jetzt gibt es Projekte, die zum Teil schon in der Pipeline sind, für die Budgetvorlagen erstellt werden oder die bereits von der BAPLUK verabschiedet worden sind. Es gibt Projekte, die sich bis ins Jahr 2011 und 2012 erstrecken. Es gibt aber auch Projekte, die man vorverschieben oder zurückstellen kann. Baudirektion und Finanzverwaltung haben rechte Kopfarbeit geleistet, damit die Investitionsquote von jährlich 4 Mio. Franken über die ganze Planperiode eingehalten werden kann und es keine "Investitionsbuckel" gibt. Beim ersten Entwurf des Finanzplans verzeichnete man in einem Jahr plötzlich Investitionen in der Höhe von 6 Mio. Franken. Dies musste man dann wieder ausbalancieren. Man könnte einen Abend lang darüber diskutieren. Claude Barbey ist aber der Ansicht, dass es vor allem um die grossen Eckpfeiler (z.B. Gesamtanierung Hôtel-de-Ville) geht.

*Der Antrag von Hubert Bläsi, die Vorlage in einer 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen, wird mit 8 : 7 Stimmen abgelehnt.*

Eintreten wird beschlossen.

### 3. Detailberatung

3.1. Gemeinderat Urs Wirth bezieht sich auf den Abschnitt "Einlagen in Spezialfinanzierung", S. 6. Dort steht, dass davon ausgegangen wird, dass nach Abschreibung des Investitionsbeitrages für das Parkhaus Coop ab 2010 wieder Einlagen in die SF für Parkplatzbeschaffung getätigt werden können. Er möchte wissen, welche Mechanismen hier spielen.

3.1.1 Gemäss Boris Banga handelt es sich um den Parkplatzbeschaffungsfonds. Alles, was man mit Parkgebühren etc. einnimmt, ist zweckgebunden wieder für Parkplätze, Unterhalt, Betrieb zu verwenden. Über Jahre wurde dieses Geld jetzt für das Parkparking verwendet. Das ist jetzt erledigt, deshalb kann der Fonds wieder gespiesen werden.

- 3.1.2 Wie Rudolf De Toffol bestätigt, dienen die Gebührenerträge in erster Linie dem Unterhalt und der Bewirtschaftung und Überwachung der Parkplätze, ein allfälliger Überschuss kann zur Förderung des öffentlichen Verkehrs verwendet oder dem Fonds für Parkraumbeschaffung zugewiesen werden. Da man zuerst das Coop-Parkhaus abschreiben musste, hat konnte man den Fonds nicht mehr äufnen. Diese Frage hat sich daher noch nicht gestellt.
- 3.2. Gemeinderat Renato Müller verweist auf den Bereich "Kultur, Freizeit" im Zusammenzug Investitionsrechnung 2010 - 2014, S. 8. Hier wurden für das neue Kunstrasenfeld im Jahr 2012 und 2013 je Fr. 800'000.-- aufgenommen. Just in diesen Jahren rutscht die Stadt Grenchen in die Verlustzone. Er möchte deshalb wissen, nach welchen Kriterien diese zwei Positionen festgelegt wurden.
- 3.2.1 Boris Banga erklärt, dass man mit verschiedenen Interessenten, welche eine Stadthalle, Mehrzweckhalle oder etwas Ähnliches wollen, verhandelt. Man versucht, alle Interessen unter einen Hut zu bringen. Unabhängig davon braucht es aber einen neuen Fussballplatz. Aus diesem Grund muss man ein Feld irgendwo in dieser Gegend haben, da man dort unten gegen den Willen der Fussballgesellschaft keine Würfe landen kann. Schon einmal scheiterte eine Mehrzweckhalle, weil sie nicht ins Konzept der Fussballer passte.
- 3.2.2 Wie Claude Barbey ausführt, steht man unter dem Druck der Fussballkreise, welche das Kunstrasenfeld schon im nächstes Budget möchten. Es wurde ihnen schon einmal versprochen. Es muss sorgfältig abgewogen werden, was wann Platz hat. Man kann das Projekt auch vorverschieben. Baudirektion und Finanzverwaltung hatten beim "Jonglieren" den Eindruck, dass es 2012 und 2013 im Finanzplan am verträglichsten sei. Kostenmässig würde es beide Jahre gleich belasten, es kann aber auch zu Abweichungen kommen. Claude Barbey weist darauf hin, dass es keine Budgetzahlen, sondern nur Schätzungen sind.
- 3.3. Gemeinderätin Clivia Wullimann meldet sich bei den Investitionen mit erster Priorität und macht auf den Vorstoss von Marianne Rossier, ehemalige Gemeinderätin, aufmerksam (GRB 2034/25.03.2008). Die Motion beauftragt die Stadtverwaltung, "Vorschläge für die Überarbeitung der aktuellen Gemeindeorganisation zu unterbreiten dahingehend, dass die Kompetenzen und die Stellung des Gemeinderates gestärkt bzw. verbessert werden im Hinblick auf eine verstärkte Einflussnahme, bessere Infrastruktur und angemessene Entschädigung, wobei auch eine Abschaffung der Gemeinderatskommission als mögliche Massnahme einzubeziehen ist." Clivia Wullimann sieht im Finanzplan nicht, dass irgendetwas für die Gemeinderät/innen aufgenommen worden ist. Sie macht beliebt, einen Budgetposten vorzusehen.
- 3.3.1 Gemäss Boris Banga kommen nur Projekte in den Finanzplan, die Investitionen von über Fr. 100'000.-- zur Folge haben.
- 3.3.2 Laut Stadtschreiber François Scheidegger hat der Gemeinderat am 17. Juni 2008 beschlossen, die Einführung der ausserordentlichen Gemeindeorganisation nicht weiter zu verfolgen (GRB 2075). Er beauftragte die Arbeitsgruppe, die Variante „Gemeindeorganisation 2001+“ unter Einbezug der Motion SP „Überprüfung der Gemeindeordnung und -organisation im Hinblick auf eine Stärkung des Gemeinderates“ vom 26. Februar 2008 weiter zu verfolgen und dem Gemeinderat im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode eine Vorlage zu unterbreiten.

Bei der Behandlung des Geschäftes "Neue Gemeindeorganisation (GO-09+): Zielvorstellungen, Lösungsvarianten und Umsetzungsvorschläge" am 18. November 2008 hat der Gemeinderat dann Folgendes beschlossen (GRB 2139/18.11.2008):

- 4.1. *Die Gemeinderatskommission wird beibehalten.*
  - 4.2. *Die Zahl der GRK-Mitglieder soll unverändert 5 betragen.*
  - 4.3. *Die Kompetenzverteilung zwischen Gemeinderat und Gemeinderatskommission soll unverändert bleiben.*
  - 4.4. *Auf die Einführung ständiger Referenten wird verzichtet.*
  - 4.5. *Die GRK wird beauftragt, die Rapportierung der Vertreter und Vertreterinnen in privat- und öffentlich-rechtlichen Unternehmungen, Körperschaften und Stiftungen entsprechend deren Wichtigkeit sicherzustellen.*
  - 4.6. *Das Reglement über die Ausrichtung von Sitzungsgeldern, Taggeldern und Spesen vom 11. Dezember 1990 ist zu überarbeiten. Dafür wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der je eine Vertretung der im Gemeinderat vertretenen Parteien, der Finanzverwaltung und des Rechtsdienstes angehört.*
- 3.4. Rudolf De Toffol orientiert, dass in Ziff. 6.4 "Rainstrasse Ost" die Kredite von 170'000.-- im 2013 und Fr. 30'000.-- im 2014 gestrichen werden können. Die Fr. 200'000.-- werden auf das Jahr 2010 vorverschoben.
  - 3.5. Für Gemeinderat Alexander Kaufmann gehören im Anhang 3 "Weitere anstehende Investitionen" die Ziffern 3.3. "Sanierung Turnerstadion / Gemeindebeitrag" und 3.5 "Sportstättenkonzept Umsetzung" zusammen. Er hat hier ein ungutes Gefühl, weil ein Beitrag für die Planung der Mehrzweckhalle fehlt. Bisher ist man jedes Mal, wenn man eine Mehrzweckhalle planen und realisieren wollte, in eine schlechte wirtschaftliche Lage geraten. Man sollte diesmal verhindern, dass das Thema wieder auf Eis gelegt wird. Man sollte auch in schlechten Zeiten einen Beitrag für die Planung sprechen, damit man es weiterziehen kann. Man sollte innovativ denken, Mut haben und an eine bessere Zukunft glauben.
    - 3.5.1 In den gegenwärtigen Verhandlungen, so Boris Banga, musste festgestellt werden, dass die meisten Interessenten nicht bereit sind, sich an der Planung zu beteiligen. Die Vereine weisen zwar immer wieder auf ihre potentiellen Sponsoren hin, aber es ist niemand bereit, z.B. 10 Prozent an die Planung beizusteuern.
    - 3.5.2 Gemäss Claude Barbey hat man es bei diesem Projekt mit sehr vielen Akteuren zu tun, z.B. den Turnverein, die MIA, die Fussballvereine, die Velofahrerkreise, den Kanton etc. Zuerst mussten einmal alle Begehren ausdiskutiert werden. Dann hat man sich im Sinne einer Studie überlegt, welches Projekt machbar wäre. Den Interessenten wurde mitgeteilt, dass man bis zu einem baueingabereifen Projekt Fr. 300'000.-- bis Fr. 400'000.-- benötigt. Es wurde ein Verteilschlüssel aufgestellt und festgelegt, wer mit wieviel partizipieren soll. Seither herrscht Funkstille. Vermutlich muss die Stadt zuerst einmal Geld aufschliessen, damit man weiter kommt. In welcher Grössenordnung und in welchem Zeitraum dies sein wird, kann Claude Barbey nicht beantworten. Vieles ist noch zu wenig konkret. Claude Barbey gibt Alexander Kaufmann Recht. Im Grunde genommen müsste man etwas für die Planung vorsehen.

- 3.5.3 Nach Auffassung von Boris Banga müsste man zuerst einmal einen Kredit für ein Projekt sprechen und erst dann käme der Projektierungskredit. Den Antrag für einen Projektkredit könnte man in den Gruppenberatungen oder im Gemeinderat stellen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Von den Ergebnissen des Finanzplanes 2010 - 2014 wird Kenntnis genommen.
- 4.2. Die Investitionsquote wird auf 4 Mio. Franken pro Jahr festgelegt und ist bei der nächsten Überarbeitung des Finanzplanes zu überprüfen.

**Vollzug:** FV

Beilage: Schaubilder 1 - 4

FV  
BD

9.2.3 / acs

## **Dringliche Interpellation Clivia Wullimann (SP): Pandemische Grippe H1N1**

1. Mit Datum vom 19. Mai 2009 reicht Clivia Wullimann (SP) folgende dringliche Interpellation:

1.1. *Interpellationstext*

### *Begründung*

*Die Schweiz und Teile der Welt werden von einer Pandemischen Grippe namens H1N1 heimgesucht. Am 11.06.2009 wurde offiziell Stufe 6 also die Pandemische Phase ausgerufen. Bis zum 13.08.2009 wurden in der Schweiz 726 bestätigte Fälle gemeldet. Der Bund geht zukünftig von 2 Millionen Erkrankungen in der Schweiz aus.*

*Im Herbst soll ein Impfstoff bereit sein. Wer zuerst geimpft wird und wo es Impfzentren geben wird, wird innerhalb den Kantonen noch abgesprochen.*

*Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) informiert mit Hilfe eines Fernseh-Clips unter dem Motto «Kein Witz. Die Grippe-Pandemie wird kommen» wie man vorgehen soll. Auch den Zeitungen konnte man Pläne zur Vorbeugung entnehmen.*

*Der Kanton Solothurn informiert unter dem Motto „Gemeinsam gegen Grippe. Da sich die Grippe bis jetzt glücklicherweise als nicht gefährlicher als andere Grippewellen erwiesen hat, sind laut dem Departement für Bildung und Kultur Angst und Panikmache die falschen Ratgeber. Sie verteilten Merkblätter „so können wir uns schützen“ und Empfehlungen an Schulen, Kindergärten und Kinderkrippen.*

*Ich bitte den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:*

- *Wo wird in der Gemeinde Grenchen geimpft?*
- *Wie wird die Bevölkerung der Gemeinde darüber informiert?*
- *Was tut die Gemeinde um die Bevölkerung über das Ausmass und die Vorbeugung zu informieren?*
- *Was tut die Gemeinde im Fall, wenn die Dienstleistungen der Städtischen Werke wegen Krankheitsfalls des Personals ausfallen, um die Strom- und Wasserversorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten?*
- *Wie wird die Situation in den Kinderkrippen gehandhabt im Falle einer Pandemie?*

2. Dringlichkeit

2.1. Laut Gemeinderätin Clivia Wullimann ergibt sich die Dringlichkeit von selbst. Die Grippe ist im Anmarsch, sie wird kommen. Es geht darum, dass die Grenchner Bevölkerung bald informiert wird, was vorgesehen ist.

Was planen Gemeinde, Schulen, Kinderkrippen und andere Institutionen? Die Interpellantin geht davon aus, dass jeder vorbereitet ist, dennoch weiss man nicht so genau, was eigentlich läuft. Wichtig ist es auch, weil im Oktober 2009 die Schweizer Bevölkerung (jedenfalls die Risikogruppen) geimpft werden soll. Wo wird geimpft? Das weiss man nicht. Dies wären Fragen, welche die Grenchner Bevölkerung interessieren. Aus diesem Grund ist für sie Dringlichkeit gegeben.

- 2.2. Glaubt man, so Gemeinderat Heinz Müller, dem Papst der Virologen des Inselspitals Bern, ist die Schweinegrippe bereits zu einer leichten Sommergrippe mutiert und hat die Schweiz wieder verlassen, ohne dass man es gemerkt hat. Er hat im Moment den Eindruck, dass ein wenig hysterisch auf das Ganze reagiert wird. Sicher wird momentan zu viel unternommen, aus Angst, diese Grippe könnte die Schweiz überrollen - er ist hier eher skeptisch. Er unterstützt den Antrag auf Dringlichkeit betrifft, da die Fragen bereits heute beantwortet werden können. Er sieht dem Ganzen gelassen entgegen und denkt, dass keine "grosse Sache" auf die Schweiz zukommen wird.
- 2.3. Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi teilt die Hoffnung, dass es harmlos verlaufen möge. Ihm ist bekannt, dass Schule und Verwaltung Vorkehrungen getroffen haben, gegen eine Bekanntmachung derselben hat er nichts einzuwenden.
- 2.4. Gestützt auf § 35, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist vorerst über die Dringlichkeit der Interpellation zu entscheiden.

Es ergeht stillschweigend folgender

2.5. Beschluss:

Die Interpellation wird dringlich erklärt.

3 Beantwortung

Stadtpräsident Boris Banga nimmt Stellung wie folgt:

3.1. Allgemeine Vorbemerkungen

3.1.1 Man unterscheidet 6 Phasen Pandemie. Je nach Eskalationsstufe werden Massnahmen beschlossen, die Situation wird laufend beobachtet und beurteilt.

3.1.2. Im Pandemiefall hat die Gemeinde das Funktionieren folgender Aufgabenbereiche zu gewährleisten: Gemeindeführung, Gesundheitswesen (Alters- und Pflegeheime, Spitex, Spitäler), Einrichtungen und Betriebe Grundversorgung (Wasser, Elektrizität, Gas und Entsorgung), öffentliche Sicherheit (Stichwort Polizei), Soziales, Bestattungs- und Zivilstandswesen, interne IT-Bewirtschaftung, Reinigung und Abfallentsorgung.

3.1.2 Ein "Pandemieteam" bestehend aus dem Kernteam Stadtpräsident, Personalamt, Stadtschreiber und weiteren betroffenen Abteilungen beurteilt die Situation und informiert intern und extern.

Die Abteilungsvorsteher sprechen sich mit dem Stadtpräsidenten und dem Personalamt über allfällige Massnahmen im Zusammenhang mit der Schweinegrippe ab. Sobald die Situation mit der bestehenden Organisation nicht mehr zu bewältigen ist, übernimmt der Regionale Führungsstab den Lead.

3.1.3 Die Abteilungen haben die nötigen organisatorischen Massnahmen getroffen und sind auf den "Ernstfall" vorbereitet, soweit dies zum heutigen Zeitpunkt möglich und

sinnvoll ist (Stellvertreterregelung, Prioritäten bei Aufgabenerfüllen, Arbeit von Zuhause aus etc.). Die Schlüsselfunktionen sind gewährleistet.

Vorsorglich wurden 13'000 Schutzmasken beschafft.

Die Kundenkontakte sind auf das Notwendige einzuschränken bzw. es ist möglichst via Telefon oder Email zu kommunizieren.

Ferner wird an Details gearbeitet. Beispielsweise stellt das Personalamt sicher, dass das Reinigungspersonal bzw. die Hauswarte über die Reinigungsmassnahmen instruiert werden, dass genügend Reinigungs- bzw. Desinfektionsmaterial (allenfalls Handschuhe) vorhanden ist oder es klärt ab, ob für Schutzmasken, Reinigungsmaterial etc. eine separate Entsorgung nötig ist.

## 3.2. Beantwortung der Fragen

### 3.2.1 *Zu Frage 1: (Wo wird in der Gemeinde Grenchen geimpft?)*

Der Zivilschutzkommandant hat organisatorische Vorkehrungen getroffen, um gross angelegte Impfkationen durchführen zu können. So wird im Bedarfsfalle beispielsweise die Zivilschutzanlage Eichholz als Impfzentrum dienen. Zudem wurde dem Kanton Meldung gemacht, welche Personen aufgrund ihrer Funktion prioritär zu impfen sind.

Die nötigen Lokalitäten für Impfzentren sind vorhanden und vorbereitet. Allerdings will der Kanton Solothurn einen anderen Weg als die meisten anderen Kantone beschreiten und anstelle von Zentren in Arztpraxen und Apotheken impfen lassen. Anzumerken ist, dass der Impfstoff noch gar nicht zur Verfügung steht.

### 3.2.2 *Zu Fragen 2 und 3 (Wie wird die Bevölkerung der Gemeinde darüber informiert? Was tut die Gemeinde um die Bevölkerung über das Ausmass und die Vorbeugung zu informieren?)*

Grundsätzlich ist Information Sache von Bund und Kanton, die Gemeinden haben nur subsidiäre Kommunikationsaufgabe vor Ort. Dabei wurden folgende Grundsätze definiert: Klarheit schaffen, beruhigen, Gerüchte verhindern, Vertrauen und Solidarität fördern. Jede Panikmache ist verfehlt und es ist sorgfältig abzuwägen, wann und wie informiert wird.

Die Information richtet sich extern an Bevölkerung, Kunden und Partner in der Leistungserbringung, intern an das Kader und die Mitarbeitenden. Das städtische Personal ist informiert und wird instruiert. Allen Mitarbeitenden ist eine Info-Broschüre zur Grippepandemie ausgehändigt worden, samt Beilagen zu Symptomen und möglichen Schutzmassnahmen.

Vorläufig genügen die üblichen Informationskanäle. Je nach Eskalationsstufe können zusätzliche Informationskanäle aktiviert werden, bis hin zu Lautsprecherdurchsagen durch die Sicherheitsdienste.

### 3.2.3 *Zu Frage 4: (Was tut die Gemeinde im Fall, wenn die Dienstleistungen der Städtischen Werke wegen Krankheitsfalls des Personals ausfallen, um die Strom- und Wasserversorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten?)*

Der Sicherheitsberater der SWG, Herr Gerd Rettschlag, hat am 12. August 2009 im Intranet das offizielle Pandemie-Merkblatt ([www.pandemia.ch](http://www.pandemia.ch)) veröffentlicht. Hinzu kommen noch folgende Weisungen:

Für die SWG als öffentlicher Versorgungsbetrieb gilt:

- Wer krank ist, bleibt zu Hause und kommt erst wieder zur Arbeit, wenn die Krankheitssymptome vollständig abgeklungen sind. Der Vorgesetzte über die Krankheit informiert. Wer kranke Familienmitglieder im gleichen Haushalt hat, aber noch keine Symptome verspürt, informiert umgehend seinen Vorgesetzten über diese Situation. Dieser wird in Absprache mit der Geschäftsleitung weitere Massnahmen anordnen.
- Sobald eine Impfung verfügbar ist, werden die SWG für jeden Mitarbeitenden die Kosten der Impfung übernehmen. Als Versorgungsbetrieb ist es unerlässlich, dass die Kunden der SWG gerade in Zeiten einer Pandemie mit Trinkwasser und Energie versorgt werden. Aus diesem Grund empfehlen die SWG jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter, sich impfen zu lassen. Sie müssen sich ihrer Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewusst sein.
- Das Merkblatt ist verbindlich. Diese Weisung gilt ab sofort und bis auf Widerruf!

Die SWG haben bereits 3'000 Schutzmasken beschafft. Sollte es also zum Äussersten kommen, sind die SWG vorbereitet.

### 3.2.4 *Zu Frage 5: (Wie wird die Situation in den Kinderkrippen gehandhabt im Falle einer Pandemie?)*

Das grösste Ansteckungsrisiko besteht in den Schulen. Die Schulverwaltung verfügt deshalb über einen detaillierten Pandemieplan (die letzte Version datiert vom 13. August 2009), welcher grundsätzlich alle Bereiche abdeckt (Schulverwaltung, Schulschwimmhalle, Musikschule, Kindertagesstätten, Tagesstrukturen Zentrum, Stadtbibliothek, Ferienheim Prägels, Schulärztliche Dienste, Schulsozialarbeit). Die Schulen haben Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen abgegeben. Die Präventionsmassnahmen wurden im Unterricht stufengerecht thematisiert. Beispielsweise wie man sich begrüssen kann, ohne sich die Hand zu reichen.

Unter Umständen können Schliessungen beschlossen werden.

## 4. Stellungnahme der Interpellantin

- 4.1. Clivia Wullimann erklärt sich von der Antwort befriedigt, sie verfügt nun über zahlreiche neue Informationen. Sie hofft wie alle anderen, dass die Schweinegrippe harmlos verläuft. Sie ist einen Tag in der Woche an einer Schule angestellt, in welcher eine Lehrkraft infiziert wurde, man ist dort stärker sensibilisiert. Man sollte daher Verständnis für gewisse Risikogruppen (kleine Kinder, kranke, ältere Menschen etc.) haben, die mehr betroffen sind, als solche, die gesund sind.

## 5. Diskussion

- 5.1. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Abteilungsvorsteher  
GLSG  
SWG

4.2 / acs

## **Interpellation Fraktion CVP: Strompreise in der Stadt Grenchen**

1. Mit Datum vom 18. Mai 2009 reicht die CVP-Fraktion folgende Interpellation (Ersatzunterzeichner: Andreas Kummer:

1.1. *Interpellationstext*

*Die Erhebung des Preisüberwachers der Strompreise in der Schweiz im Jahr 2009 hat ergeben, dass diese in der Stadt Grenchen deutlich höher sind als im schweizerischen Durchschnitt (s.a. Sonntagszeitung vom 19.07.2009). Auch im Vergleich mit den übrigen Strompreisen im Kanton Solothurn sind diese in Grenchen deutlich höher.*

*Für einen 4 Zimmer-Haushalt mit Elektroherd beträgt der schweizerische Durchschnitt 20.53 Rp. pro Kilowattstunde (kWh), in Grenchen beträgt er 26.29 Rp./kWh, was eine Differenz von +28% bedeute (Quelle: <http://strompreise.preisüber-wacher.ch/>).*

*Im Vergleich mit den Strompreisen des Kantons Solothurn fällt der Strompreis in der Stadt Grenchen in der besagten Kategorie immer noch um ca. 25% höher aus.*

*Wir stellen deshalb dem Stadtpräsidium und den städtischen Werken der Stadt Grenchen folgende Fragen:*

1. *Welches sind die Gründe für die hohen Strompreise in der Stadt Grenchen?*
2. *Welche Massnahmen gedenken die Verantwortlichen zu treffen, um die Strompreise kurzfristig, dauerhaft und markant zu senken?*

*Wir bitten Sie um Erheblicherklärung und Stellungnahme.*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

SWG

8.7.2 / acs

## **Stadt Grenchen**

---

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 8

vom 18. August 2009

Beschluss Nr. 2256

### **Motion Fraktion CVP: Aufrechterhaltung BGU Linie 13, Rufbus**

1. Mit Datum vom 18. August 2009 reicht die CVP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichner: Thomas Marti):
  - 1.1. *Motionstext*

*Die BGU Linie 13, Rufbus, ist weiter zu erhalten. Die Defizitgarantie für den Rufbus ist im Budget 2010 zu berücksichtigen. Im weiteren ist eine bestmögliche Lösung für das Jahr 2011 zu finden.*

*Begründung:*

*Besonders die älteren Menschen von Staad und Grenchen, die vom Rufbus Gebrauch machen, sind auf diesen angewiesen. Sei es für den täglichen Einkauf, einen Arztbesuch oder auch nur für in der Stadt zu flanieren. Für die älteren Menschen, welche kein Auto besitzen, wird dank dem Rufbus die Lebensqualität verbessert. Zudem wird ihnen der Alltag um einiges erleichtert und sie sind nicht auf fremde Hilfe angewiesen.*
2. Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

AGöV  
BGU  
BD  
Stapo  
FV

6.6 / acs **Stadt  
Grenchen**

---

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

**Postulat Fraktion SP: Einstellen Buslinie 13 nach Staad**

1. Mit Datum vom 18. August 2009 reicht die SP-Fraktion folgendes Postulat ein (Erstunterzeichner: Remo Bill):

1.1. *Postulatstext:*

*Antrag:*

*Die Buslinie 13 nach Staad muss weitergeführt werden. Der neue Gemeinderat und die neu zusammengestellte Gemeinderatskommission sollen das Ganze nochmals beurteilen.*

*Begründung:*

*Die Gemeinderatskommission hat auf Antrag der Arbeitsgruppe öffentlicher Verkehr beschlossen, die Buslinie 13 nach Staad auf anfangs Dezember 2009 einzustellen. In Staad hat sich wegen dieser Entscheidung Widerstand und Unverständnis bei der Bevölkerung breit gemacht.*

*Die BGU hat die Busflotte und das Einzugsgebiet stetig erweitert. Mit der neuen Bushaltestelle beim City Grenchen und dem geplanten Busbahnhof Grenchen Süd werden grosse Investitionen getätigt und der Fahrplan wird optimiert. Ich unterstütze diese Massnahmen, verstehe aber die Entscheidung nicht, Staad nicht mehr zu bedienen. Für die Bevölkerung ohne Auto ist es nicht mehr möglich, die Infrastruktur - Bahnhof Süd und Nord, Schulen, Schwimmbad, Einkaufen, Arztbesuch etc. - der Stadt zu nutzen. Der Wiler Staad gehört zu Grenchen und muss an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden bleiben.*

*Ich bin überzeugt, dass eine Lösung gefunden werden kann, die auch finanziellen Argumenten gerecht wird.*

*Staad hat auch touristisches Potential wie der Grenchenberg. In Zukunft müssen dazu Ideen erarbeitet und umgesetzt werden.*

2. Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

AGöV  
BGU  
BD  
Stapo  
FV

6.6 / acs

**Mitteilungen und Verschiedenes**

1. **Raubtierpark von René Strickler auf Standortsuche: Kontaktnahme und Angebot durch Wirtschaftsförderung**
- 1.1. Wie Gemeinderat Heinz Müller ausführt, wurde vor Jahren ein bekannter Formel 1-Rennfahrer - der gerade sein Comeback verpasst hat - eingeladen, seinen Wohnsitz nach Grenchen zu verlegen. Dieses Unterfangen war etwas futuristisch, aber immerhin hat man einen guten Versuch unternommen. Jetzt hat er einen etwas realistischere Idee: In den Medien konnte man lesen, dass der Betreiber des Tierparks René Strickler einen neuen Standort sucht. Er macht beliebt, dass Stadtpräsident Boris Banga namens des Gemeinderates dem Wirtschaftsförderer René Goetz den Auftrag erteilt, mit René Strickler Kontakt aufnehmen, um zu prüfen, welche Gegebenheiten der Unternehmer haben müsste, damit man ihn und seine Tiere gegebenenfalls nach Grenchen locken könnte. Es wäre eine Attraktivität. Grenchen wäre der Stadt Solothurn wieder ein Stück voraus - dort hat es andere Raubtiere. Grenchen hätte dann vierbeinige Raubtiere. Vielleicht wäre dies eine Möglichkeit, um dem Unternehmen von René Strickler aus der Patsche zu helfen. Er weiss, dass es sich um einen etwas unkonventionellen Vorschlag handelt, erlaubt sich aber, diesen hier zu unterbreiten.
- 1.2. Stadtpräsident Boris Banga nimmt das Anliegen mit herzlichem Dank entgegen.